

# Ziel: Den Bund endlich ins Boot holen

Zum Ausbau der Liegeplätze 5 bis 7 bedarf es nationaler Unterstützung / Bundestagsabgeordnete zeigen Wege auf

VON KAI KOPPE

**Cuxhaven.** Um Hafenausbau wird es am kommenden Montag in einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages gehen. „Hafenstandort Deutschland stärken“, lautet das Motto der Sitzung, in der ein gleichnamiger Antrag der Unionsfraktion behandelt werden soll. Der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Enak Ferlemann verspricht sich hiervon Impulse für Liegeplatz-Ausbau in Cuxhaven.

Dabei geht es unter anderem um mehr Geld zum Ausbau der Hafensstrukturen, ein Aspekt, dem im Falle der als dringend erforderlich beschriebenen Liegeplätze 5 bis 7 eine Schlüsselrolle zukommt. Bekanntlich hat das Land Niedersachsen über einen Nachtragshaushalt 100 Millionen Euro zugesichert, die in das Projekt fließen sollen. Da der Ausbau der schwerlastfähigen Ressourcen entlang der Cuxhavener Kailinie aber mindestens das Dreifache kosten wird, bauen Offshore-Industrie und lokale Politik darauf, dass sich neben der Hafenvirtschaft selbst auch der Bund (zu einem Drittel) beteiligt. Noch ist unklar, aus welchen Töpfen die aus Berlin erwartete Unterstützung stammen könnte. Hafenausbau ist Ländersache; streng genommen gibt es auf Bundesebene nur einen einzigen Titel, wo sich das Thema verorten lässt: Die sogenannten „Hafenlasten“ sind Bestandteil des Länderfinanzausgleichs, in diesem Rahmen stehen seit Jahr und Tag 38 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen in den deutschen See- und Binnenhäfen bereit.

## Hafenlasten: „Da muss eine Null dran“

Fürsprecher einer mit dem Windkraft-Ausbau auf See zusammenhängenden Hafenerwei-



Umschlag von Offshore-Komponenten in Cuxhaven. Die Luftaufnahme zeigt den 2018 eingeweihten Liegeplatz 4. Archivfoto: Scheer

terung plädieren für eine deutliche Aufstockung dieser Summe: „Da muss eine Null dran“, betont aktuell unter anderem der Cuxhavener Bundestagsabgeordnete Enak Ferlemann (CDU). Aus Ferlemanns Sicht bildet die Erhöhung der Hafenlasten einen „relativ problemlosen Weg“, zusätzliche (Bundes-)Mittel bereitzustellen, von denen das Land Niedersachsen (und in zweiter Linie eben der Offshore-Standort Cuxhaven) profitieren könnte.

Gegenüber unserer Redaktion wies der CDU-Politiker außerdem darauf hin, dass es bei einer Erweiterung der Cuxhavener Umschlagmöglichkeiten um einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der bundesweiten Energieversorgung geht. Ange-

sichts der Bedeutung dieser Thematik hält es Ferlemann nicht für vermessen, den Bund über Zugriff auf schon bei Errichtung der LNG-Terminals genutzte Sondermittel an der Maßnahme beteiligen zu wollen.

Dass es um weitaus mehr geht, als um lokale Belange, macht nicht zuletzt der Cuxhavener Bundestagsabgeordnete Stefan Wenzel (Bündnis 90/Die Grünen) deutlich. „Der Bau dieser drei Liegeplätze ist extrem wichtig und liegt auch in nationalem Interesse“, bekräftigte Wenzel, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Er bezog sich dabei auf die Bedeutung, die den hiesigen Hafenskapazitäten im Rahmen der im Bund beschlossenen Ausbauzie-

le für Offshore-Windkraft zukommt. Wie berichtet soll die vor der deutschen Küste installierte Leistung bis 2030 auf mindestens 30 Gigawatt erhöht werden. Um diese Marke zu erreichen, ziehe man parteiübergreifend an einem Strang, versicherte Wenzel.

## Das Land bleibt ein bedeutsamer „Player“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Daniel Schneider unterstrich in diesem Zusammenhang, dass es keine Frage sei, ob die zusätzlichen Liegeplätze kommen. Ihm zufolge geht es aktuell darum, wann der Abschnitt V bis 7 realisiert werden kann. Grundsätzlich, so Schneider, sei er deswegen optimistisch - „allerdings nicht zufrieden, was die bisheri-

ge Zeitschiene angeht“. Umso wichtiger sei es, dass Cuxhaven massiv priorisiert werde, erklärte der Sozialdemokrat und bezog sich dabei nicht allein auf eine von der Regierungskoalition angestrebte Hafenstrategie. Auch das Land Niedersachsen (Schneider: „Der wichtigste Player!“) muss sich nach seiner Auffassung weiterhin zum hiesigen Standort bekennen und aus Berlin fließende Förder- oder Ausgleichsmittel entsprechend verteilen. Entschieden werde die Frage der Bundesbeteiligung zwischen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und seinem niedersächsischen Kollegen Olaf Lies, betonte Schneider. „Ich vertraue darauf, dass sich die beiden zusammenraufen werden.“